

Düsseldorf – Die Düsseldorf Kulturszene – drückt sie sich weg von der Gewalt im Nahen Osten? Lässt sie die Solidarität mit Israel vermissen? Viele kritisieren das. Zu einem wahren Paukenschlag holten in dieser Sache jetzt die beiden bekanntesten Schriftsteller Peter Jamin (72) und Jens Prüss (69) aus: Sie erklärten ihren Austritt aus dem Heinrich-Heine-Kreis.



VON MICHAEL KERST
michael.kerst@express.de

Sie seien „irritiert und enttäuscht über das unsensible Verhalten des Vorstands des Heine-Kreises und seiner Mitglieder“, geben Jamin und Prüss zu Protokoll. Obwohl der Verein seit vielen Jahren einen „Preis für Zivilcourage“ an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verbeige, habe es der Verein nicht für nötig gehalten, eine Solidaritätsbekundung mit den jüdischen Mitbürgern oder ein offizielles Statement oder eine Presseerklärung zur Situation der Juden in Deutschland und der Situation in Nahost herauszugeben. „Dies finden wir umso trauriger, da der verstorbene Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, Mitglied des Heinrich-Heine-Kreises war.“

1997 war der Heine-Kreis von dem 2015 verstorbenen Karl-Heinz Theisen gegründet und dem aus einer jüdischen Familie

stammenden Heinrich Heine gewidmet worden. Er hatte seiner Persönlichkeit wie Peter Maffay oder Iris Berben ausgezeichnet – letztere nach Begründung des Heine-Kreises „für ihren engagierten und kämpferischen Einsatz gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus und für ihr Eintreten für das Existenzrecht des Staates Israel“.

Inzwischen habe der Verein „unseres Erachtens seine gesellschaftlich-kritische Wächter-Aufgabe in der Tradition von Heinrich Heine extrem vernachlässigt“, so die beiden Schriftsteller, die vergeblich versucht hatten, eine Wiederbelebung und Nachwuchsförderung zu erreichen, dabei aber nach eigenem Bekunden vom Vorstand, an dessen Spitze Andreas Turnsek als Vorsitzender steht, ausgebremst wurden.

Für Peter Jamin erschöpft sich die Kritik an der Düsseldorf Kulturszene nicht mit der am Heine-Kreis. Er liefert in einem

Statement, das dem EXPRESS vorliegt, eine volle Breitseite gegen die Kulturinstitutionen der Stadt in ihrer Gesamtheit – spricht von einem „lauten Krieg in Nahost eingehen Organisations, Vereine und Freundeskreise zum Israel-Krieg und der Verfolgung von Juden in Deutschland in der NRW-Landeshauptstadt.“

Und der Schriftsteller zitiert den Vorsitzenden des städtischen Kulturausschusses, Manfred Neuenhaus (FDP) mit den Worten: „Ich bin fassungslos angesichts dieser Passivität und Sprachlosigkeit.“ Dieser beab-

sichtige, die Chefs der Düsseldorfer Kultureinrichtungen demnächst im Kulturausschuss berichten zu lassen, mit welchen Veranstaltungen sie auf den Krieg in Nahost eingehen wollten. „Dass der Kulturausschuss-Vorsitzende die Kultureinrichtungen ermahnen musste, sich des Themas Israel anzunehmen, ist schon sehr beschämend“, sagt Jamin. Die Teilnehmerzahlen bei Solidaritätsveranstaltungen für Israel seien erschreckend, wenn man gleichzeitig erlebe, dass 17 000 Palästinenser gegen Israel demonstrierten.

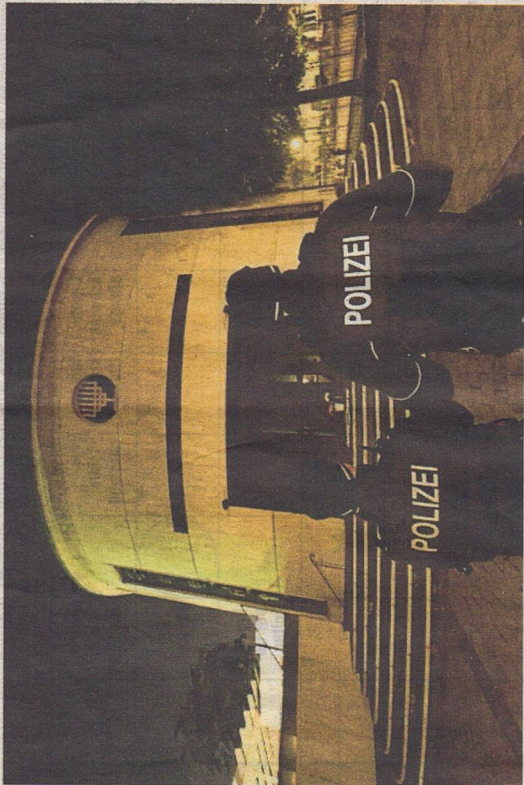


Das Schweigen einer (fast) ganzen Stadt
Kommentar von Michael Kerst

Die Zahlen allein sind schon bedrückend: Vor einer guten Woche demonstrieren auf Düsseldorf Straßen 17 000 Menschen für die Palästinenser und ziemlich unverhohlen für die Terrororganisation Hamas. Und sie werden das am kommenden und übernächsten Samstag wieder tun.

Und andererseits kommen zu einer Solidaritäts-Mahnwache für Israel an der Synagoge gerade mal 600 von mehr als 600 000 Düsseldorfern. Und bei einer Lesung gegen Antisemitismus im Schauspielhaus sind es gerade mal 300 – und der Intendant sagt, er wäre schon mit 50 Teilnehmern zufrieden gewesen, berichtet Schriftsteller Peter Jamin.

Seine Kritik und die seines Kollegen Jens Prüss ist mehr als berechtigt. Aber man muss sie sogar noch ausweiten: Es ist nicht nur die Düsseldorf Kulturszene, die in sehr weiten Teilen durch beredtes Schweigen „glänzt“, sondern die gesamte Stadtgesellschaft.



Die Düsseldorf Synagoge muss in diesen Tagen verstärkt von der Polizei geschützt werden.
Foto: dpa